

FIELD DISPATCH INCOMING

ROUTING AND RECORD SHEET

10/1696

FROM:			RI/DP		DISPATCH NO. 1275-CRG-FC		DISPATCH DATED 130 Aug 52		DATE RECD AUG 26 1952	
TO	Date		Officers Initials	OTHER DISTRIBUTION		COMMENTS				
	Rec'd	Fwd'd								
1				ACTION COPY	<input type="checkbox"/>	File: TPEMBER				
IOD				Copy # 1						
2				Attachments	1					
				1 EEP/Cg						
3				2	4					
				INFO COPY	<input checked="" type="checkbox"/>					
4				Copy # 2						
				Attachments	1					
5				1	4					
				2	5					
6				3	6					
				RI/PI COPY	<input type="checkbox"/>					
7				Copy # 3						
				Attachments	1					
8				1 CLEE						
				2						
9				3 RI/PI						
				INFO COPY	<input type="checkbox"/>					
10				Copy # 4						
				Attachments						
11				1	3					
				2	4					
12										

DECLASSIFIED AND RELEASED BY
 CENTRAL INTELLIGENCE AGENCY
 SOURCE METHOD EXEMPTION 3R2B
 NAZI WAR CRIMES DISCLOSURE ACT
 DATE 2007

SECRET

SECURITY INFORMATION

1270 CBGPO

13 August 1952

SUBJECT: Operational - International Congress of Free Jurists

**TO: Chief of Mission
Frankfurt, Germany**

**INFO: Chief, BYGLAVIER
Washington, D.C.**

1. We are transmitting to you the leaflet entitled "Law vs. Despotism" which was printed by the Investigating Committee of Free Jurists immediately following the Congress.

2. The core of the leaflet is the resolution introduced by Purnanathan Triandaf, the Indian delegate and Chairman of the Socialist Party of India, which was added to the list of resolutions at the final Plenary Session of the Congress. Since the resolution was aimed primarily at the Investigating Committee of Free Jurists' collaborators in the east zone, this leaflet was particularly timely and 40,000 copies have so far been pushed into the zone. If funds are available a second edition will be printed.

□ □

Distribution:

3-FRANKFURT - with 10 copies of encl. h/v

3-BYGLAVIER, Wash. - with 10 copies of encl. h/v

Enclosure - leaflet entitled "Law vs. Despotism".

SECRET

Der Internationale Juristen-Kongress in West-Berlin hat einige bedeutsame Entschlüsse gefasst. Während die Machthaber der Sowjetzone alles versucht haben, die Kongrestätigkeit zu beeinflussen — durch Verleumdungen und Schauprozesse, mit persönlichen Briefen und gelben Rosen, mit Liebenswürdigkeit und Drohungen —, hat kein einziger Teilnehmer die Anforderung befolgt, „sofort den Kongress zu verlassen“. Die Delegierten haben zu erkennen gegeben, daß das Problem des Unrechts in der Sowjetzone Deutschlands nicht mehr nur ein deutsches, sondern daß es ein internationales Problem ist. Delegierte aus 43 Ländern der Welt waren anwesend, darunter 31 Minister und Staatsmänner, 32 Professoren und 35 Präsidenten, Richter und Anwälte höchster Gerichtshöfe. Die Namen der Teilnehmer bürgen dafür, daß die gewonnenen Erkenntnisse in ihren Heimatländern Früchte tragen werden. Keine Resolution war befohlen oder „ferngelenkt“, um jedes Wort wurde gezögert. Hinter der Anprangerung des bolschewistischen Unrechtssystems steht die Wucht der Tatsachen, steht die feste Überzeugung unabhängiger führender Juristen aus aller Welt. Noch niemals zuvor haben sich Persönlichkeiten nicht nur Europas, sondern aller Kontinente so eingeleitet mit dem Schicksal der Sowjetzone beschäftigt — mit dem Wunsch nicht nur zu warnen, sondern zu helfen. Die Auffassung des Kongresses spiegelt sich in einer der Schlusresolutionen wider, die der frühere Sekretär des Mahatma Gandhi, der

Führer der sozialistischen Partei Indiens, Purshattam Tatemdas, aus eigenem Entschluß einbrachte und die vom Kongress gebilligt wurde:

Dieser Kongress Internationaler Juristen bringt hiermit seine Hochachtung und Sympathie für jene Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen zum Ausdruck, die bei höchster persönlicher Gefahr den Bewohnern der Sowjetzone helfen, Recht zu erlangen. Der Kongress verurteilt ebenso die Prozesse gegen einige dieser tapferen Frauen und Männer und die grausamen Strafen, mit denen sie belegt wurden, nur weil sie Mitglieder oder Mitarbeiter des Untersuchungsausschusses Freiheitlicher Juristen waren.

Diese Anerkennung, die unsere Mitarbeiter in der Sowjetzone durch die gesamte freie Welt erfahren, ist keine leere Phrase. Sie zeigt das Verständnis für die Rechtsnot der leidbedrückten Bevölkerung und ist die erste Voraussetzung für eine Hilfe durch die gesamte freie Welt.

**Untersuchungsausschuß Freiheitlicher Juristen
Bln. Zehlendorf-West, Limastr. 29, Tel. 84 63 23/24**